

Beschluss zu NOlympia (A04 und übernommener A 04 AEA 01)

Antragsteller: Landesvorstand
Beschlussorgan: Landesparteitag DIE LINKE NRW
Datum: 1./2. November 2025 (LPT)

NOlympia 2036/2040/2044

Der Landesparteitag möge beschließen:

Alle Jahre wieder versuchen der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), Lobbyverbände aus Wirtschaft und Industrie sowie verschiedene Landesregierungen Olympische Spiele in Deutschland durchzuführen. Für die Austragung der Olympischen Spiele der Jahre 2036/2040/2044 hat sich die Region Rhein/Ruhr ebenso wie die Städte Berlin, Hamburg und München beworben. Die Pläne zur Bewerbung basieren auf der 2016 zusammen mit den Rhein-Ruhr-Städten gestarteten privatwirtschaftlichen Initiative „Rhein Ruhr City“, die bereits eine Bewerbung entwickelt hatte und die nun aktiviert wurde.

Für die Olympischen Spiele 2040 haben sich mittlerweile viele Kommunen der Rhein-Ruhr-Schiene zu einer gemeinsamen Bewerbung verabredet. In den kommunalen Räten wurden entsprechende Ermächtigungen für eine Olympiabewerbung an die jeweiligen Verwaltungen bereits erteilt – im Regelfall gegen die Stimmen der Linken.

Das Olympische Komitee für Deutschland hat beschlossen, dass nur Bewerbungen zulässig sind, denen ein positiver Bürgerentscheid zugrunde liegt. Damit soll sichergestellt werden, dass Olympische Spiele nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt werden. Im Vorfeld müssen die Räte vom Mittel des Ratsbürgerentscheides Gebrauch machen und hier mit 2/3-Mehrheit beschließen. Teilweise sollen Satzungsänderungen erfolgen, um das Mittel der Briefwahl auch für Bürgerbegehren zuzulassen, weil befürchtet wird, dass die erforderlichen Beteiligungsquoten sonst nicht erreicht werden. Die Kommunen der Rhein-Ruhr-Schiene haben sich verabredet, die einzelnen Bürgerentscheide in den Kommunen landeseinheitlich alle am selben Tag stattfinden zu lassen: Am 19.4.2026.

Um in der Region Rhein-Ruhr Olympische Spiele stattfinden zu lassen, werden geeignete Sportstätten benötigt. Die größten Investitionen bestehen im Neubau eines Olympiastadions, im Bau eines olympischen Dorfes für die Athlet:innen und im Bau eines Schwimmstadions. Viele andere Sportanlagen sind in der Region allerdings bereits vorhanden. Die neuen Anlagen erfordern ein erhebliches Finanzvolumen, das dann nicht mehr für dringend benötigte Investitionen in den Bereichen Wohnen, Kita oder Schule in den Kommunen zur Verfügung steht.

Selbstverständlich will die Linke den Breitensport fördern. Wir stehen für mehr Bolzplätze in den Stadtteilen, mehr und besser ausgestattete Turn- und Schwimmhallen und Fußballplätze für die Vereine und Schulen. Die dafür notwendigen Mittel fehlen durch den Bau gigantischer Olympiaanlagen. Die Erfahrungen mit olympischen Spielen weltweit sind, dass durch sie Mieten weiter explodieren, die Verdrängung von sozial benachteiligten Bevölkerungsteilen vorangetrieben wird und die Kommunen auf riesigen Schuldenbergen sitzen bleiben. Auch die Folgen für Mensch und Natur, für Klima, Stadtentwicklung, Verkehr und andere Bereiche wären größtenteils negativ. Auch das zeigen die Bilanzen früherer Ausrichter-Städte.

Profiteur diese Entwicklung ist das Internationale Olympische Komitee (IOC). Obwohl in der Schweiz als gemeinnütziger Verein eingetragen, ist das IOC real eines der größten privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen der Welt. Es macht Milliardenengeschäfte durch Werbeeinnahmen, exklusive Sponsorenverträge, Fernsehübertragungsrechte und die Vermarktung der „Marke Olympia“. Das IOC zwingt die Ausrichter sog. Host-City-Contracts auf, die der Stadt die volle Haftung auferlegen und den IOC von sämtlichen Steuern und Zöllen befreien. Das IOC steht für Bereicherung, Korruption, Bestechung, Doping-Verschleierung und Demokratiefeindlichkeit zu Gunsten einiger weniger. Sozialisierung der Ausgaben, Privatisierung der Einnahmen ist Prinzip (Siehe dazu auch: Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags – „Zur Verwendung der Einnahmen aus den Olympischen Spielen“ (WD 8 - 3000 - 064/24, 27.09.2024).

Klar ist auch: Den Heilsversprechen von Olympia als Motor für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung der Region ist kein Glauben zu schenken. Das zeigen die Erfahrungen früherer Ausrichter-Städte. Die Folgen für Mensch und Natur, für Klima, Stadtentwicklung, Wohnungsmarkt, Verkehr und andere Bereiche waren größtenteils negativ.

Auch das dezentrale Konzept für Olympia an Rhein und Ruhr mit 17 Austragungsorten allein in NRW wird jetzt als besonders nachhaltig dargestellt. Vor dem Hintergrund der sehr ernüchternden Erfahrungen setzt Die Linke sich wie der Umweltverband BUND dafür ein, dass durch eine Strategische Umweltprüfung die Umweltauswirkungen des Mega-Events systematisch und transparent ermittelt, beschrieben und bewertet werden, bevor auch nur eine Planung konkretisiert wird.

Ähnlich wie die NOlympia-Bündnisse in Hamburg, Berlin und München braucht es auch an Rhein und Ruhr Bündnisse, um die Bevölkerung über die Folgen von Olympischen Spielen aufzuklären und der bislang sehr einseitigen Berichterstattung in den Medien, die eher wie PR als wie ausgewogene Berichterstattung wirkt, etwas entgegenzusetzen.

Auch nach dem positiven Entscheid in München lehnt Die Linke NRW die Austragung olympischer Spiele in der Region ab und fordert sowohl eine Altschuldenregelung für die Kommunen als auch weitere von Land und Bund getragene Investitionspakete, um den Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte abzubauen. Sie nimmt ihre Aufgaben als Oppositionskraft ernst.

Die Linke NRW initiiert auf allen Ebenen Aktivitäten und Aktionen, die den Menschen an Rhein und Ruhr die langanhaltenden negativen Auswirkungen Olympischer Spiele deutlich machen. Der Landesverband wird eine Broschüre zur konkreten Argumentation gegen Olympia erarbeiten, für die er möglichst Gastbeiträge „einwirbt“.

Die Linke unterstützt die außerparlamentarische NOlympia-Bewegung und wird sich dafür einsetzen, dass auch in NRW ein breites NOlympia-Bündnis entsteht und sich mit den bereits bestehenden Bündnissen in den anderen deutschen Bewerberstädten vernetzt.

Der Landesverband Die Linke NRW lädt zeitnah die Kreisvorstände, Ratsfraktionen die Ratsfraktionen der betroffenen Gemeinden und die RVR-Fraktion zu einem Vernetzungstreffen ein, um eine Kampagne zu den Ratsbürgerentscheiden

vorzubereiten. Dabei sucht er die Zusammenarbeit mit dem kopfo nrw und anderen Interessierten.